

Verkehrsrecht

**StVO, Zulassungsrecht, Fahrerlaubnisrecht und Verkehrsstraftaten
in Ausbildung und Praxis**

von

Karl-Peter Conrads

Erster Polizeihauptkommissar a. D.

Bernd Brutscher

Polizeirat a. D.

Eric Haupt

Polizeihauptkommissar



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

© VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb, Hilden
Conrads/Brutscher/Haupt, „Verkehrsrecht“,
22. Auflage 2023, ISBN 978-3-8011-0927-1

1 Einführung

Behandelte Rechtsvorschriften:

1.1 Öffentlicher Verkehrsraum

StVO:	§§ 1, 29
StVZO:	§ 16
StVG:	§§ 1, 2, 21, 25a
StGB:	§§ 142, 315b, c, 316
FZV:	§§ 1, 3

1.2 Führer- und Halterpflichten

(Adressatenfrage)

StVO:	§§ 1, 2, 3, 4 (2), 18, 19, 25, 28, 39 (3) Z 250 ff., Z 340
StVZO:	§ 31
StVG:	§§ 1, 2, 21, 25a
PfIVersG:	§ 1
KraftStG 2002:	§§ 1, 2
FZV:	§§ 2, 3–20, 41 ff., 49 ff., 53
eKFV:	§ 2 (4)

1.3 Verkehrszeichen

StVO:	§§ 39–43 in Verbindung mit den Anlagen §§ 12, 13, 18, 19, 20, 26, 33, 36, 37
-------	---

1.4 Polizeiliche Aufgaben und Maßnahmen

PolG:	§ 1
POG NRW:	§§ 10 ff.
StVO:	§ 44
StPO:	§ 163
OWiG:	§ 53
StVUnfG:	§ 3
StVG:	§§ 6, 24, 24a, 26
StVO:	§§ 48, 49
StVZO:	§§ 17, 69a
OWiG:	§§ 19 ff., 42, 47, 53, 56 ff., 65
StPO:	§§ 81a, 94 ff., 102 ff., etc.
BKatV:	Bundeseinheitlicher Tatbestandskatalog

1.1 Öffentlicher Verkehrsraum/Öffentliche Straßen

Die StVO gilt – wie die übrigen „Verkehrsbestimmungen“ – im Gegensatz zu anderen gesetzlichen Bestimmungen (z.B. StGB) nur für den Straßenverkehr im öffentlichen Verkehrsraum (VwV zu § 1 StVO).

Unter **öVR (öffentlicher Verkehrsraum)**¹ versteht man alle Wege, Plätze, Flächen, die

- jedermann
- aufgrund einer **wegerechtlichen Widmung** oder
- ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse
- mit Zustimmung oder unter **stillschweigender Duldung**
- zur Nutzung tatsächlich offen stehen.

Es wird somit zwischen

- rechtllichem (wegerechtliche Widmung) und
- faktischem/tatsächlichem (stillschweigende Duldung)

öVR unterschieden.

Die **stillschweigende Duldung** ist stets dann gegeben, wenn nicht unmissverständliche Hindernisse oder Verkehrszeichen die Nutzung der Fläche für jedermann erschweren bzw. unmöglich machen.

Unter **jedermann** versteht man eine nicht durch persönliche oder geschäftliche Beziehungen miteinander verbundene unbestimmte Anzahl von Personen (Personengruppe).

Die Nutzung muss jedoch auch tatsächlich durch eine unbestimmte Anzahl von Personen erfolgen, nicht nur denkbar sein. Hierbei reicht auch nicht eine einmalige Nutzung, sie muss immer wiederkehrend, also stets erfolgen.

So handelt es sich stets um öVR bei:

- mit Z 250 gesperrten Wohnstraßen,
- Fuß-, Rad- oder Reitwegen,
- Straßen mit bestehendem nächtlichem Nutzungsverbot,
- geöffneten Tankstellen, Waschanlagen, Deponien oder bei Gaststätten- oder Kundenparkplätzen², das gilt nach dem VGH München³ auch außerhalb der Öffnungszeiten, soweit keine Anhaltspunkte für eine fehlende Duldung vorliegen.
- gebührenpflichtigen, jedermann zugänglichen Parkplätzen/-häusern oder Privatwegen⁴, soweit dem Nutzungsverbot nur per Schild, nicht aber auf sonstige Art (z.B. durch ein Tor) Ausdruck verliehen wird.

Die Begrifflichkeit ÖVR wurde – ohne inhaltliche Änderung – in § 1 StVG in Angleichung an § 16 StVZO durch **öffentliche Straßen** ersetzt.

Die Zugehörigkeit einer Fläche zum öffentlichen Verkehrsraum endet mit einer eindeutigen, äußerlich manifestierten Handlung des Verfügungsberechtigten, die unmissverständlich erkennbar macht, dass ein öffentlicher Verkehr nicht (mehr) geduldet wird.⁵

1 BGHSt 16, 8, 9, VR 85, 835; Hentschel e.a., § 1, Rn. 13.

2 Bay OBLG, VRS 24, 69; OLG Zweibrücken, DAR 80, 376; BGH, VRS 20, 453.

3 VGH München, NZV 21, 485.

4 BGHSt 16, 7.

5 BGH, NZV 2013, 508.

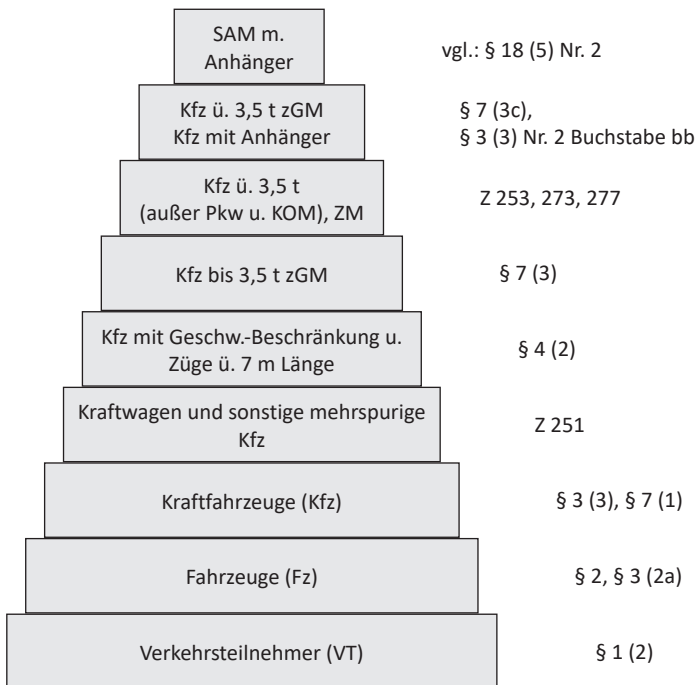
Kein öVR ist beispielsweise gegeben bei:

- Kasernen,⁶
- abgeschlossenen Mietetagen in Parkhäusern,⁷
- nicht zur Nutzung bestimmten Mittelstreifen,⁸
- Parkhäuser während der Betriebsruhe.⁹

1.2 Führer- und Halterpflichten (Adressatenfrage)

Neben der Einschränkung des örtlichen Geltungsbereichs muss als weitere Einschränkung die nach den jeweiligen Paragrafen unterschiedlich zu beantwortende Adressatenfrage beachtet werden. So gelten die einzelnen Bestimmungen der StVO nicht grundsätzlich für alle Verkehrsteilnehmer (VT), sondern jeweils nur für eine speziell genannte Adressatengruppe.

Im Folgenden einige **Beispiele** für die unterschiedlichen Adressatengruppen:




















6 BGH, VRS 26, 256; OLG Karlsruhe, VRS 60, 439.

7 OLG Schleswig, VM 76, 28; vgl. Bay OBLG, NJW 83, 129; OLG Köln, VM 00, 86 (Parkplätze).

8 OLG D'dorf, NZV 93, 25.

9 OLG Stuttgart, NJW 80, 68.

Die einzelnen Adressatengruppen werden in der StVO (vgl. § 39) durch folgende **Symbole** dargestellt:

	Kraftwagen und sonstige mehrspurige Kfz		Kfz mit einer zGM über 3,5 t einschließlich Anhänger, und ZM, mit Ausnahme von Pkw und KOM
	Radverkehr		Fahrrad zum Transport von Gütern oder Personen – Lastenfahrrad
	Fußgänger		Inline Skater § 31 (2) StVO
	Reiter		Viehtrieb
	Straßenbahn		Kraftomnibus
	Personenkraftwagen		Personenkraftwagen oder Krafträder mit Beiwagen, die mit mindestens drei Personen besetzt sind – mehrfach-besetzte Personenkraftwagen
	Personenkraftwagen mit Anhänger		
	LKW mit Anhänger		Wohnmobil
	Sattelkraftfahrzeuge (ZZ 1048–14/15)		Kennzeichnungspflichtige Kfz mit gefährlichen Gütern